

WOCHENRÜCKBLICK



Stephan Brandner: AfD-Bundestagsfraktion erstattet Strafanzeige gegen Bundeskanzler Friedrich Merz

Die AfD-Bundestagsfraktion hat Strafanzeige gegen Bundeskanzler Friedrich Merz wegen verleumderischer Beleidigung gestellt. Anlass ist die Rede des Bundeskanzlers während der Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag am Mittwoch, in der er der AfD-Fraktion vorgeworfen hatte, sie propagiere „Remigration“, was „nichts anderes“ sei „als eine ethnische Säuberung nach Hautfarbe und Herkunft“.

Dazu teilt der Parlamentarische Geschäftsführer und Justiziar der AfD-Fraktion, Stephan Brandner, mit:

„Friedrich Merz hat mit seiner Rede mal wieder eine Grenze überschritten, diesmal jedoch strafrechtlich relevant. Seine haltlosen und widerwärtigen Äußerungen, mit denen er unsere Bundestagsfraktion und jedes einzelne Mitglied in den Dreck ziehen will, sind vollkommen inakzeptabel und auch justiziabel. Die Unterstellung, die AfD-Fraktion – die fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht – setze sich für ethnische Säuberungen, also in letzter Konsequenz für Vertreibungen und Morde, ein, sind so eindeutig, dass hier die Justiz tätig werden muss. Die Äußerung des Kanzlers ist auch nicht etwa von der Indemnität gedeckt, denn es handelt sich nach unserer Auffassung um verleumderische Beleidigungen, die sich nicht nur gegen jedes einzelne Mitglied der AfD-Fraktion richten, sondern letztlich auch politisch gegen Millionen Bürger.“



Pressestatements

"Campact und 'Taktisch wählen' haben einen verzweifelten Versuch unternommen, mithilfe einer hochumstrittenen und aus unserer Sicht rechtswidrigen und demokratiefeindlichen Kampagne ein fulminantes und ehrliches, vom Wählerwillen getragenes, Ergebnis der AfD zu verhindern. Gelingen ist das nicht. Dennoch bringt es die Verzweiflung des Altparteienkartells und die des ihn unterstützenden Vorfeldes, das direkt oder indirekt, auch durch steuerliche Aspekte unterstützt wird, gut zum Ausdruck. Es wird alles unternommen, um den Erfolg der AfD zu minimieren.

Der Erfolg dieser seltsamen Kampagne aus deren Sicht dürfte sein, dass nun Kleinstparteien in Sachsen-Anhalt in den Landtag gehievt wurden, was wohl ansonsten nicht passiert wäre. Darunter gelitten hat aber letztlich wohl die CDU.

In einer Demokratie sollte jeder die Partei wählen, von der er sich am besten repräsentiert fühlt. Wenn der Wähler, von Vorfeldorganisationen unbeeinflusst, meint, eine taktische Entscheidung treffen zu müssen, dann ist das allerdings sein gutes Recht.

Die Auswirkungen in und auf Mecklenburg-Vorpommern vermögen wir nicht einzuschätzen."



"Die Abschaffung der politischen Weisungsgebundenheit der Staatsanwälte ist uns ein sehr wichtiges Anliegen, seit wir in die deutschen Parlamente eingezogen sind. Sie ist keine Zierde für einen Rechtsstaat, eher das Gegenteil. Rechtsstaatliche Entscheidungen dürfen nie aufgrund einer politischen Entscheidung verhindert oder eingeleitet werden. Das von der Gegenseite häufig vorgebrachte Argument, dass von der Möglichkeit kaum Gebrauch gemacht werde, ist keines, solange überhaupt die Möglichkeit besteht, dass politisch auf die Justiz Einfluss genommen wird.

Ein entsprechender Gesetzentwurf ist bereits fertig und wird seitens der Fraktion zu gegebener Zeit wieder eingebracht."



Aktuelle Videos



STEPHAN BRANDNER

Stammtisch/ Bürgerdialog in Berlin



PIC-COLLAGE



STEPHAN
BRÄUNINGER

Videodreh mit Carolin Bachmann



STEPHAN
BRAUNER

Zu Gast bei Maischberger



**STEPHAN
BRAUNER**





Rückblick auf die Plenarwoche

Dienstag, 8. September 2026

Bundestagspräsidentin Julia Klöckner hat am Dienstag, dem 8. September 2026 den Bundesminister für Verkehr, Steffen Bilger (CDU), und den Bundesminister für Gesundheit, Dr. Carsten Linnemann (CDU), vereidigt. Im Zuge einer Kabinettsumbildung folgte Steffen Bilger auf Patrick Schnieder (CDU) und Carsten Linnemann auf Nina Warken (CDU).

Ohne Aussprache hat der Bundestag den Einspruch des AfD-Abgeordneten Martinichert gegen einen ihm in der 90. Sitzung des Plenums erteilten Ordnungsruf abgewiesen. In seinem Einspruch schreibt Martinichert, er habe den Ordnungsruf für folgende Aussagen erhalten: „Frau Borchardt, Herr Pantazis, Herr Dr. Pilsinger (...), stimmen Sie heute für das Gesetz, dann gehen Sie als Lügner in die Geschichte ein. ... Jeder, der für dieses Gesetz stimmt, wird Tausende Menschenleben auf dem Gewissen haben. ... Zeigen Sie jetzt, dass Sie ein Gewissen haben und Ihnen die Gesundheitsversorgung der Menschen wichtig ist, stimmen Sie gegen diesen Kahlschlag der medizinischen Versorgung.“

Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) hat vor dem Bundestag den Entwurf der Bundesregierung für das Haushaltsgesetz 2027 sowie den Finanzplan des Bundes bis 2030 vorgestellt. Zum Auftakt der Etatberatungen im Bundestag sprach sich der Minister für mehr „Standort-Patriotismus“ aus. Es dürfe kein „Schönreden“ geben, vielmehr müssten die Probleme gesehen und Verantwortung übernommen werden.

Im Anschluss an die Einbringungsrede von Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) folgte eine gut eineinhalbstündige Allgemeine Finanzdebatte zum Bundeshaushalt 2027. Zu Beginn der Debatte sagte der AfD-Abgeordnete Dr. Michael Ependiller, die Kosten der Kanzlerschaft von Friedrich Merz (CDU) trieben Deutschland in den Ruin. Trotz Rekorderneuerungen und Rekordschulden gehe der Haushalt immer noch nicht auf, sondern funktioniere „nur mit verfassungswidrigen Buchungstricks“. Gespart werde in diesem Haushalt nur an einer einzigen Stelle: beim Bürger. Ependiller forderte Grüne und Linke auf, die Verfassungsklage der AfD zu unterstützen, aber die „Brandmauer“ sei diesen Parteien wichtiger als Rechtsstaat und Demokratie. Damit erlaubten sie Klingbeil das Überschreiten einer roten Linie. Das sei keine Opposition, sondern Komplizenschaft. Klingbeil glaube, mit einem riesigen Schuldenprogramm Wählerstimmen zu erzeugen, doch das sei „Käse“. Niemand freue sich „über glatte Straßen, die er wegen der Spritpreise für den Sonntagsausflug sowieso nicht mehr benutzen kann“. Deutschland sei inzwischen ein investitionsfeindlicher Standort, was Wachstum behindere. Die AfD lehne den Entwurf ab und werde einen eigenen vorlegen, mit der alten Schuldenbremse, mit einem kleineren Staatsapparat und mit Entlastungen für diejenigen, die das alles bezahlen.

Bundesverkehrsminister Steffen Bilger (CDU) kann im Haushaltsjahr 2027 von Ausgaben in Höhe von 26,43 Milliarden Euro aus dem Kernhaushalt ausgehen – rund 1,47 Milliarden Euro weniger als 2026 mit 27,9 Milliarden Euro. Wolfgang Wiehle (AfD) sagte mit Blick auf den neuen Ressortchef, möglicherweise werde die Kommunikation eine andere. „Aber in der Sache wird mit dieser Koalition nichts besser.“ Der AfD-Abgeordnete wies darauf hin, dass die Straße beim Verkehr „mit großem Abstand die Hauptrolle spielt“. Das gelte jetzt, wie auch in den kommenden Jahrzehnten. Die Güterverkehrsleistung auf der Straße sei viermal so hoch wie auf der Schiene. Beim Personenverkehr sei das Verhältnis gar neun zu eins. Im Bundeshaushalt, so Wiehle, finde sich diese Wirklichkeit aber nicht wieder. In die Bahn investiere der Bund rund 20 Milliarden Euro; in die Straße nur rund elf Milliarden Euro. Zwar gebe es bei der Bahn vieles nachzuholen. „Bei den Straßenbrücken ist es aber genauso“, befand Wiehle und forderte mehr Geld für die Sanierung der Bundesfernstraßen.

Mit dem Etatentwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit hat sich das Parlament in erster Lesung gut eineinhalb Stunden lang befasst. Kritik an der Haushaltsplanung kam von der Opposition. So monierte Georg Schroeter (AfD) die sinkenden Ausgaben für Umwelt und Naturschutz aus dem eigentlichen Umweltetat. Von den 2,47 Milliarden Euro werde mehr als die Hälfte für die Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Stoffe verwendet. Allein die geplante Rückholung atomarer Abfälle aus der Schachtanlage Asse werde Milliarden kosten. Das sei „unverantwortlich“ teuer. Für die eigentlichen Aufgaben des Umweltministeriums stünden gerade noch zehn Prozent der Mittel im Umweltetat bereit.

Der Bundestag hat sich in erster Lesung gut eineinhalb Stunden lang mit dem Etatentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) für 2027 beschäftigt. Wolfgang Wiehle (AfD) kritisierte: „In Deutschland wird zu viel Geld für die falschen Dinge ausgegeben.“ Die Regierungspolitik steuere fast alle wirtschaftlichen Entwicklungen in die falsche Richtung. Der Hauptfehler sei, dass die Wirtschaftstätigkeit mit immer größerem Tempo „unter das Diktat der Klimapolitik gestellt wird“, so Wiehle. Das vorgegebene Datum für Klimaneutralität bis 2045 nannte er „eine neue Form der Planwirtschaft“. Diese Politik führe auf vielen Gebieten zu einer ineffizienten Wirtschaft, die dauerhaft auf Subventionen angewiesen sei. Bereits heute könne der Bundeshaushalt diese Subventionen nicht mehr ohne immer höhere Verschuldung zahlen. „Deindustrialisierung und Insolvenzwellen beschleunigen das Finanzproblem, weil sie das Steueraufkommen verkleinern“, warnte Wiehle.



STEPHAN
BRAUER

Rückblick auf die Plenarwoche

Mittwoch, 9. September 2026

Drei Tage nach dem Erdrutsch-Sieg der AfD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat der Bundestag am seine erste Beratung des Bundeshaushalts 2027 mit der traditionellen Generalaussprache über die Politik der Bundesregierung fortgesetzt. In der ersten Lesung des Etats des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes räumte Regierungschef Friedrich Merz (CDU) auch eigene Fehler bei der Vermittlung des Sinns der angestrebten Reformen ein. Zugleich verteidigte er nachdrücklich den Reformkurs der Koalition gegen die Angriffe der Opposition. Merz attestierte der AfD, in Sachsen-Anhalt ein „bemerkenswertes Wahlergebnis“ erzielt zu haben, bei dem die Wähler eine „deutliche Botschaft“ auch an ihn selbst gesendet hätten. Die absolute Mehrheit habe die AfD jedoch nicht erreicht und werde sie in Deutschland auch nicht erzielen. „56 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Sachsen-Anhalt haben Sie nicht gewählt“, sagte der Kanzler an die AfD gewandt und warf ihr vor, eine „destruktive Kraft“ zu sein. AfD-Fraktionschefin Dr. Alice Weidel konstatierte dagegen, die Wähler in Sachsen-Anhalt hätten klar mitgeteilt, dass Schwarz-Rot vorbei sei. Die Menschen wollten einen Politikwechsel, doch widerspiegeln der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2027 ein „Weiter-so-Gewurstel“. Die Koalition sei nicht willens, „sich den Fesseln grüner Ideologie, linker Massenmigration und sozialistischer Umverteilung zu entziehen“. Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) wolle nächstes Jahr am Kapitalmarkt 500 Milliarden Euro neu aufnehmen. Damit sei der Haushaltsentwurf klar verfassungswidrig, kritisierte die AfD-Fraktionsvorsitzende. Zugleich warf sie der Regierung vor, Deutschland „in Rekordzeit in die Staatspleite“ zu treiben, während die Deindustrialisierung mit wachsender Dynamik über das Land fegte. Auch erkläre die Bundesregierung die Migrationskrise für beendet, obwohl „jedes Jahr eine sechsstellige Zahl von Migration über die Asyl-Hintertür ins Land“ komme „und eine weitere Großstadt über den Familiennachzug“, fügte sie hinzu. Dabei müssten die Bürger täglich mit den Folgen der „Massenmigration“ wie wachsender Kriminalität umgehen. Mit Blick auf die deutsche Ukraine-Politik hielt Weidel der Regierung vor, die Konfrontation mit Russland zu verschärfen, statt sich wie die USA für Friedensverhandlungen einzusetzen.

Deutschlands Verteidigungsausgaben sollen im kommenden Jahr auf 139,6 Milliarden Euro und damit auf einen erneuten Höchststand seit Ende des Kalten Krieges steigen. Aus den Reihen der Oppositionsfraktionen wurde massive Kritik an den steigenden Verteidigungsausgaben und am Beschaffungswesen der Bundeswehr geübt. Der AfD-Abgeordnete Jan Ralf Nolte monierte einerseits, dass die Bundeswehr in der Vergangenheit „kaputt gespart“ worden sei, nun aber von der Koalition „auf Pump“ wieder aufgerüstet werde. Union und SPD seien offenbar „nicht zu einem Mittelweg fähig“. Auch der Bundesrechnungshof warne vor der „drohenden Schuldenfalle“. Bundeskanzler Friedrich Merz warf Nolte vor, alle Wahlkampfversprechen gebrochen zu haben. Nach der Bundestagswahl sei entgegen allen Ankündigungen der Union noch vom alten Bundestag die Bereichsausnahme bei der Schuldenbremse für die Verteidigungsausgaben verabschiedet worden. Zudem warf Nolte der Bundesregierung Intransparenz vor. Kleine Anfragen seiner Fraktion zur Bundeswehr würden „inflationär“ unter Verweis auf die Sicherheitslage nicht beantwortet, und beim gescheiterten Beschaffungsvorhaben der Fregatte F126 seien 2,3 Milliarden Euro „in den Sand gesetzt“ worden.

Über den Etatvorschlag der Bundesregierung für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat der Bundestag am Mittwoch 90 Minuten lang debattiert. Die Klimakrise bedrohe die ganze Welt, sagte Bundesministerin Reem Alabali-Radovan (SPD) zu Beginn der Debatte. Kein Land könne sie allein stoppen. „Wir müssen gemeinsam handeln – und zwar jetzt“, forderte sie. Abschottung sei dabei die falsche Antwort. „Wir setzen auf Solidarität und starke internationale Zusammenarbeit“, betonte die Entwicklungsministerin. Aus Sicht von Matthias Rentzsch (AfD) zeichnet sich die deutsche Entwicklungshilfepolitik durch „Intransparenz, ideologische Verblendung und Verschwendung“ aus. Die sinnvolle Verausgabe deutscher Steuergelder und die Interessen einer deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik blieben dabei auf der Strecke. Auch 2027 wolle die Bundesregierung knapp 10 Milliarden Euro „mit der Gießkanne und ohne Verstand in alle Welt verschenken“. Dies lehne die AfD entschieden ab. Rentzsch beklagte außerdem, dass die Verwendung der Entwicklungshilfegelder „in keinsten Weise transparent ist“. Das Ministerium sei nicht in der Lage und scheinbar auch nicht gewillt, den Abgeordneten Verwendungsnachweise über alle Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu liefern.



Rückblick auf die Plenarwoche

Donnerstag 10. September 2026

Der Bundestag hat am Donnerstag in erster Lesung gut eineinhalb Stunden lang über den Etatentwurf des Bundesministeriums des Innern (BMI) debattiert. Dr. Gottfried Curio (AfD) kritisierte, dass die Migrationswende nicht stattfindet. Man könne jeden abschieben, der nicht eingebürgert sei, doch fänden Abschiebungen nicht statt. Grenzabweisungen seien zu 98 Prozent erfolglos, Abschiebungen in zuständige EU-Staaten zu 85 Prozent und Abschiebungen in Herkunftsländer zu 91 Prozent, die Beendigung von Familiennachzug zu 90 Prozent, die Beendigung der Schutztitle für Syrer zu 77 Prozent und die „Beendigung der illegalen Einwanderung zu 100 Prozent erfolglos“. Stattdessen gebe es 100.000 Migranten mehr, und die „Zahl der Messerattacken“ erreiche neue Höchstwerte. Der vorgelegte Haushalt sei mit „Milliarden für Migranten“ und „Schulden für unsere Kinder“ eine Katastrophe.

Der Bundestag hat sich in erster Lesung gut eineinhalb Stunden lang mit dem Etatentwurf für das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz auseinandergesetzt. Das Gros der Ausgaben entfällt auf das Personal. In der Debatte lobte Bundesjustizministerin Stefanie Hubig ihren Etat als eine „Investition in den Rechtsstaat, aber eben auch in unsere Freiheit“. Wer die Prinzipien des Rechtsstaats angreife, „greift das Fundament unserer Demokratie an“, sagte die Ministerin. „Gemeinsam investieren wir in eine leistungsfähige Justiz, damit die Menschen nicht nur Recht haben, sondern auch Recht bekommen“, sagte Hubig. Die Ministerin kündigte in ihrer Rede auch weitere Projekte an, etwa Verschärfungen im Mietrecht, ein härteres Vorgehen gegen „Mondpreise“ auf dem Zweitmarkt für Konzerttickets sowie bei Gewalt gegen Frauen und im digitalen Raum. Für die AfD-Fraktion thematisierte Mirco Hanker gestiegene Gewaltzahlen, Phänomene wie „Grooming Gangs“ und eine aus seiner Sicht zu milde Urteilspraxis der Gerichte. Stephan Brandner (AfD) sagte in seiner Rede dazu: „Frau Hubig, also die Justizministerin, will mehr Schutz für queere Menschen. Frau Hubig wirbt für erweiterte Haftung bei E-Rollern. Frau Hubig will besseren Schutz von Kindern vor Social-Media-Sucht. Frau Hubig muss sich für sexistischen Social-Media-Post entschuldigen usw. Man kann kaum glauben, dass dies die Themen sind, die eine Justizministerin, die in ihrem Ministerium über 1 000 Mitarbeiter beschäftigt, nahezu ausschließlich umtreiben. Aber das ist typisch für die SPD. Und das erklärt auch, warum die SPD sich inzwischen bei jeder Wahl eine Bürgerklatsche abholt. Die Spezialdemokraten in Deutschland leben in ihrer eigenen, völlig abgedrehten Welt an der Realität, an den Bedürfnissen und an den Wünschen der Bürger meilenweit vorbei. Ich formuliere jetzt einmal ein paar Beispiele dafür, wie Schlagzeilen aussehen sollen, die die Bürger sich von einem Justizminister erwarten: „AfD setzt Entpolitisierung der Justiz um und stärkt die Unabhängigkeit der Gerichte.“ „AfD schafft politische Weisungsgebundenheit der Staatsanwälte ab.“ „AfD bringt drastische Entbürokratisierung in der Justiz voran.“ „AfD senkt die Strafbarkeitsgrenze auf zwölf Jahre und schafft Jugendstrafrecht für Volljährige ab.“ „AfD stärkt Informationsfreiheit, AfD erhöht Strafraum für schwere Straftaten, AfD senkt Ausländerkriminalität drastisch, AfD reformiert das Wahlverfahren der Richter zum Bundesverfassungsgericht.“ „Anzahl der Sexualstraftaten: historischer Tiefstand.“ „Freiwillige Ausreisen auf historischem Höchststand.“ „Abschieberekord: Noch nie haben so viele Illegale das Land verlassen.“ „AfD stärkt die direkte Demokratie.“ Das sind die Themen, die wir angehen würden; das sind die Schlagzeilen, die wir als Alternative für Deutschland produzieren würden, wenn wir einen Justizminister, egal ob im Land oder im Bund, stellen. Das ist nämlich unsere Überzeugung. Das, was ich Ihnen gerade gesagt habe, interessiert die Menschen draußen. Die Bürger und auch wir von der Alternative für Deutschland wollen in Freiheit und Sicherheit leben. Wir wollen, dass der Staat die Kernaufgaben erfüllt, Recht und Ordnung durchsetzt und dass die Politik sich um die wahren Probleme kümmert, die unseren Alltag tatsächlich bestimmen.“

Den Etatentwurf des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat der Bundestag 90 Minuten lang in erster Lesung debattiert. Jürgen Koegel (AfD) setzte in seiner Rede einen Schwerpunkt: die „demografische Katastrophe“ mit immer weniger Geburten. Die seit Jahrzehnten dafür politisch Verantwortlichen duckten sich jedoch weg, kritisierte er, und präsentierten einzig die Zuwanderung als Lösung. „Wir brauchen eine kraftvolle Änderung der Familienpolitik. Eltern sollen den Mut zu mehr als zwei Kindern bekommen.“ Koegel warf der Regierung außerdem „Sparen bei den eigenen Bürgern“ vor, indem sie beim Elterngeld oder Unterhaltsvorschuss kürze.

Der Bundeshaushalt 2027 sieht erheblich weniger Mittel für den Gesundheitsetat vor. Im Entwurf für den Haushaltsplan sind im Einzelplan von Minister Dr. Carsten Linnemann (CDU) im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von rund 14,33 Milliarden Euro vorgesehen, rund 7,43 Milliarden Euro weniger als im laufenden Jahr. Martin Sichert (AfD) betonte, Millionen von Patienten litten unter der seit Jahren verfehlten Gesundheitspolitik der Bundesregierungen. Er kritisierte, dass sich die Ausgaben für Waffen verdoppelt hätten, während für die Gesundheit ein Drittel weniger zur Verfügung stehe. In keinem Haushalt werde so brutal gekürzt wie im Gesundheitsetat. Er warnte die Regierung davor, das Thema Gesundheit mit Blick auf die Wähler zu unterschätzen. Vor allem viele ältere Menschen seien von den geplanten Kürzungen betroffen.



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick auf die Plenarwoche

Freitag 11. September 2026

Den Etatentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), der auch 2027 der mit großem Abstand ausgabenstärkste des Bundeshaushalts bleiben wird, hat der Bundestag am Freitag erstmals beraten. Ulrike Schielke-Ziesing, AfD-Haushalts- und Rentenpolitikerin, wollte Union und SPD den Reformwillen nicht so ganz abnehmen: „Die seit mehr als einem Jahr angekündigten Reformen hat die SPD in dieser Woche quasi abgesagt und das zeigt: Diese Regierung kann es nicht, diese Regierung will es nicht!“ Sie warf den Koalitionären vor, die Bürger wie kleine Kinder zu behandeln, die „irgendwo abgeholt werden“ müssten. Aber die Bürger wüssten sehr genau, dass die Kassen leer seien. Bei der Rente für besonders langjährig Versicherte wiederum lehnte sie eine Reform, die nur deren Abschaffung bedeute, gleichzeitig ab. „Hier zu kürzen ist ein Affront gegenüber diesen Menschen und die völlig falsche Priorität“, sagte Schielke-Ziesing.

Mit der sogenannten Schlussrunde endete am Freitag die erste Beratung des Haushaltsgesetzes 2027 und des Finanzplans des Bundes 2026 bis 2030. Im Anschluss an die 90-minütige Aussprache wurden der Gesetzentwurf mit allen Einzelplänen sowie der Finanzplan zur weiteren Beratung an den Haushaltsausschuss überwiesen. In der Debatte verbreiteten vor allem Vertreter der SPD mit Blick auf nach oben gehende Wachstumsprognosen für die deutsche Wirtschaft Optimismus. Kritik am Haushaltsentwurf der Bundesregierung kam von der Opposition. Dr. Michael Ependiller (AfD) warf der Koalition „Volksverdummung“ vor, wenn von Rekordinvestitionen geredet werde, die aber großteils lediglich laufende Ausgaben seien. Die Koalition erwecke vorsätzlich einen falschen Eindruck „und betrügt damit die Menschen im ganzen Land“, sagte er. Wenn die Bundesregierung „mal wieder Milliarden ins Ausland überweist, wie bei der Entwicklungshilfe, sind das laut Bundeshaushaltsordnung zum Teil Investitionen“. Auf 5,9 Milliarden Euro belaufe sich die entsprechende Investition im Haushalt 2027. „All das bringt in Deutschland rein gar nichts“, urteilte der AfD-Abgeordnete. Wirtschaftswachstum werde es damit nicht geben. Ebenso wenig wie durch die Kaufprämie für Elektroautos, die im Grunde eine klassische Subvention sei, die im Grundsatz abgelehnt werden müsse, aber bei der Bundesregierung als Investition gelte. „Das freuen sich nur die chinesischen Autohersteller“, sagte Ependiller. Auch Stephan Brandner (AfD) äußerte sich zu diesem Thema:

„Wir müssen den Gürtel enger schnallen“, das ist der nächste Ansatz, den Sie verfolgen. Und dieser Gürtel, der enger geschnallt werden muss, betrifft natürlich nie Sie vom Altparteienkartell, sondern immer die Menschen draußen, die morgens früh aufstehen, arbeiten gehen und dann von ihrem Einkommen Steuern und Abgaben in horrender Höhe abgepresst bekommen. Und die fleißig erarbeiteten, quasi geraubten Hunderten Milliarden Euro werden von den Regierenden – das Wort „Gier“ steckt ja nicht umsonst im Wort „Regierende“ – mit vollen Händen rausgeschmissen für Unsinniges: Ukraine, Grundsicherung, für eigentlich gar nicht bedürftige Ausländer, Kollateralschäden in der Migrationspolitik, Multikultiwahn, Europäische Union, Entwicklungshilfe usw. usf. Für das alles werden Hunderte Milliarden Euro zum Fenster rausgeschmissen. Und seit Jahren die gleichen Schlagzeilen auf der anderen Seite: Rekordzahlen an Insolvenzen, explodierende Energiepreise, Abwanderung von Unternehmen und Hochqualifizierten, grenzenlose Einwanderung von nicht und kaum Qualifizierten, verlorene Schülergenerationen, Stichwort „PISA“, tägliche Vergewaltigungen und Morde, stündliche Messerstechereien. Es ist schlimm, was Sie aus Deutschland gemacht haben. Die Nutznießer dieses Systems sind dann nicht etwa, wie Fritze Merz rausposaunt, die Kinderärzte, nein, es sind Sie vom Abwehrkartell der Altparteien gegen die Alternative für Deutschland. Im Großen sind Sie die Nutznießer, aber auch im Kleinen. Schauen wir uns mal den Amtssitz des Bundespräsidenten an, dessen aktueller Amtsinhaber uns ja Gott sei Dank bald verlässt. Seine Hinterlassenschaften und sein Schloss Bellevue werden uns in den nächsten Jahren über 1 Milliarde Euro kosten, obwohl das Gebäude erst vor etwa 20 Jahren grundlegend saniert worden war. Das ist die Art, wie Sie den Gürtel enger schnallen wollen. Wenn wir regieren, geben wir natürlich auch Steuergeld aus. Aber das werden wir dann in wesentlich geringerem Maße tun und auch nur für die Menschen, die es erarbeitet haben; nämlich dem deutschen Volke wird es zugutekommen, wenn wir Steuergeld ausgeben: kein Luxusschloss, kein Kanzleramtsanbau, kein Luxusregieren in Saus und Braus, keine sinnlosen Behörden, kein aufgeblähtes Beamten- und Angestelltenheer, keine Sozialleistungen für Leistungs- und Arbeitsfähige – dafür aber mehr Sozialleistungen für die, die arbeiten wollen, aber nicht arbeiten können –, keine zig Milliarden ins Ausland und schon gar nicht in einen der korruptesten Staaten dieser Erde. Damit wäre bei uns Schluss.“

„Wir brauchen auch keinen Pinocchio. Ich habe mir übrigens mal die Definition angeschaut. Das ist jemand, der „ungelenke Beine“ hat, „spöttelig, zappelig“ ist, „nicht zwei Minuten am gleichen Fleck“ verbringt und Vorsätze zwar fasst, aber „nie die Folgen seines Handelns“ voraussieht. Solche Pinoccchios brauchen wir in der deutschen Politik nicht, und solche Pinoccchios brauchen wir schon gar nicht im Bundeskanzleramt.“



STEPHAN
BRANDNER

Einladung zum Kommunalforum 2

KOMMUNALFORUM 2
DER AfD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

BÜRGERRECHTE - BRANDMAUER - BLOCKADE

**FREITAG
16. OKTOBER 2026**

**SAMSTAG
17. OKTOBER 2026**

HIER ANMELDEN

**STEPHAN
BRANDNER**

**CAROLIN
BACHMANN**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die AfD-Bundestagsfraktion lädt Sie herzlich zumKOMMUNALforum2 nach Berlin ein. Seit unserem ersten KOMMUNALforum 2025 hat sich der Druck auf die Kommunen weiter erhöht: politisch, rechtlich und finanziell. Unter den Leitthemen »Bürgerrechte«, »Brandmauer« und »Blockade« beleuchten Politiker aller Ebenen – von der Kommune bis zur Europäischen Union – auf demKOMMUNALforum2 gemeinsam mit Vertretern aus Wissenschaft, Praxis und Medien den Zustand der Grundrechte in Deutschland und benennen zentrale Handlungsfelder der deutschen Kommunalpolitik.

Im Mittelpunkt der zweitägigen Veranstaltung stehen aktuelle Herausforderungen der sogenannten Brandmauer und die Blockade von AfD-Kandidaten durch den Entzug des passiven Wahlrechts. Was vor Kurzem noch undenkbar war, geschieht jetzt: Lokale und regionale Wahlausschüsse lehnen auf Anregung von Landesinnen-ministerien und nach Zuarbeit durch die Landesämter und das Bundesamt für Verfassungsschutz unbescholtene Kandidaten der AfD ab; Gerichte bieten keinen vorläufigen Rechtsschutz und lehnen Eilanträge ab.

Neben Grundrechtsthemen mit hochkarätigen Vorträgen und Podiumsdiskussionen bieten 15 Arbeitsforen zu allen Bereichen der Kommunalpolitik Raum für vertiefende Debatten und den Austausch mit Fachpolitikern der AfD-Bundestagsfraktion sowie mit Experten auf den jeweiligen kommunalpolitischen Gebieten. Zusammen wollen wir die vielfältigen Fragestellungen der Kommunen diskutieren und tragfähige Konzepte und Strategien entwickeln.

Zu den Gästen gehören unter anderem Prof. Dr. Max Otte, Professor für Wirtschafts- und Politikwissenschaft, Bestsellerautor und Bundespräsidentenskandidat der AfD im Jahr 2022; Dr. Susanne Fürst, Klubobmann-Stellvertreterin des Freiheitlichen Parlamentsklubs (FPÖ); Antje Hermenau, ehemalige Bundestagsabgeordnete (1994–2004) und ehemalige Vorsitzende der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag (2004–2014); Dr. Kristin Brinker, Landesvorsitzende der AfD Berlin und Vorsitzende der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin; Robert Sesselmann(AfD), Landrat im Landkreis Sonneberg; Matthias Berger (Freie Wähler), ehemaliger Oberbürgermeister von Grimma und heute Mitglied des Sächsischen Landtags; Thomas Thumm (AfD), Mitglied des Sächsischen Landtags und Vorsitzender der Enquete-Kommission »Kommunale Haushalte« im Sächsischen Landtag; Prof. Dr. Stefan Köfner, Wirtschaftswissenschaftler und Professor für Immobilien- und Bauwirtschaft an der Hochschule Zittau/Görlitz sowie zahlreiche Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Medien.



**STEPHAN
BRANDNER**

Bürgerdialog in Zeulenroda-Triebes

BÜRGERDIALOG

in Zeulenroda-Triebes

15.09.26 | 18.00 Uhr

Gaststätte Goldener Löwe
Hauptstraße 18
07950 Zeulenroda-Triebes

Mit

Stephan Brandner MdB

Birgit Bessin MdB

Wir freuen uns auf Sie!

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



STEPHAN
BRANDNER

Veranstaltung in Ronneburg



RENTE. RECHTSSTAAT. REGIERUNGSVERANTWORTUNG.

FÜR EIN DEUTSCHLAND,
DAS SEINE VERSPRECHEN HÄLT.



STEPHAN
BRANDNER

TERMIN:

19.9.2026
UM 18:30

GERRIT
HUY

ORT:

LOKSCHUPPEN
RONNEBURG



STEPHAN
BRANDNER

Mit René Aust in Arnstadt

EU, BUND, LAND

28.10.2026, 18:00 UHR

Stephan BRANDNER
MdB

René AUST
MdEP

Olaf KIESSLING
MdL

MUSIKKELLER MATADOR
BRAUHAUSSTRASSE 1-3
ARNSTADT

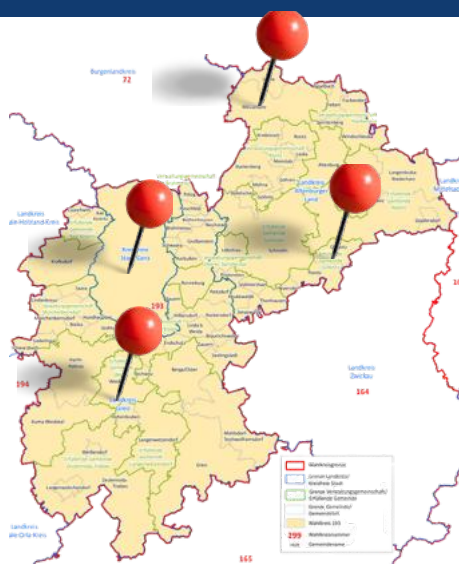

ESN
EUROPA DER
SOLVERANEN
NATIONEN



**STEPHAN
BRANDNER**

Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
☎ Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
☎ Fax: 03 65 - 22 69 12 50
✉ kontakt@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Mo.-Do. 10-17 Uhr
und jeden 2. Samstag 10-13 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Meuselwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz
✉ meuselwitz@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
✉ weida@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1.
Samstag im Monat: 8-11 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Göbnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Göbnitz
☎ Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
✉ goessnitz@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr



Besuchen Sie mich auch im Netz

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd
-  <https://twitter.com/BrandnerSt>